

14.11.2011

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion DIE LINKE

Rechter Terror in NRW- keine Erkenntnisse der Ermittlungsbehörden?

Vergangene Woche wurde bekannt, dass eine bislang angeblich unbekannte und mittlerweile von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich als „terroristisch“ bezeichnete Organisation „Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)“ in Deutschland für eine große Zahl schwerster Straftaten verantwortlich sein soll.

So soll der Mord an der Polizeibeamtin Michèle Kiesewetter in Heilbronn ebenso zu den Taten zählen wie auch die sogenannten „Döner-Morde“ mit Todesopfern unter anderem auch in Dortmund. Für diese Mordserie sollen bereits Bekenner-DVDs sichergestellt worden sein.

Zudem wurde am 12./13.11.2011 durch die Ermittlungsbehörden mitgeteilt, dass auch ein Zusammenhang mit einem Nagelbomben-Anschlag in Köln im Jahr 2004 vermutet wird. Bei diesem Verbrechen wurden seinerzeit mehr als 22 Personen zum Teil lebensgefährlich verletzt. Zudem untersucht der Generalbundesanwalt zurzeit, ob auch ein Zusammenhang der NSU mit dem Bombenanschlag auf jüdische Aussiedler im Jahr 2000 mit 10 zum Teil lebensgefährlich Verletzten in Düsseldorf besteht.

Bei dem bisherigen Sachstand stellen sich diverse Fragen: Hatten nordrhein-westfälische Ermittlungsbehörden Erkenntnisse auf Aktivitäten der NSU? Wusste das Ministerium für Inneres und Kommunales von der Existenz der NSU? Hätte der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz über seine V-Leute nicht zumindest vage Hinweise erhalten müssen?

Diese Fragen gewinnen angesichts der immer größer werdenden Dimension der Aktivitäten dieser rechten Terrorzelle weiter an Bedeutung. Der Landtag muss daher über dieses wichtige Thema im Rahmen einer Aktuellen Stunde debattieren.

Bärbel Beuermann
Wolfgang Zimmermann
Özlem A. Demirel

und Fraktion

Datum des Originals: 14.11.2011/Ausgegeben: 14.11.2011

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de